

Bezugspreis:

Wochenblatt. Nr. 1. - 2. monatlich 10.- M. ...

Telegramm-Adressen:

Sozialdemokratisches Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die wichtigste Nonpareilzeile ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 3. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Kammerdebatte in Frankreich.

Paris, 3. Februar. (WIB.) Ministerpräsident Briand ...

Paris, 3. Februar. (WIB.) Die „Information“ aus London ...

Ernüchterung.

Paris, 3. Februar. (EE.) Die französische Presse nimmt ...

„Petit Parisien“ führt heute aus, daß man aus den ...

Paris, 3. Februar. (WIB.) „Petit Journal“ ist der Ansicht ...

„Temps“ schließt in seinem heutigen Leitartikel im Anschluß ...

Diese Berufung des „Temps“ auf Art. 270 des Vertrags trifft ...

England und die Rede des Außenministers.

London, 3. Februar. (WIB.) „Westminster Gazette“ ...

„Globe“ schreibt: Die Deutschen geben sich immer noch ...

werde, da dies das Allerletzte sei, was Deutschland tun würde.

Amerikanische Kritik.

London, 3. Februar. (WIB.) Die Blätter veröffentlichen ...

Die deutsche Kohlenlieferung.

Genf, 3. Februar. (Fr. Sig.) Das englische Handelsministerium ...

„Temps“ bemerkt dazu: Wir glauben, daß es richtig ist, daß ...

Der Brüsseler Ententebericht.

Paris, 3. Februar. (Havas.) Der Anhang 1 aus dem Bericht ...

Der Bericht besagt nach einer Meldung der Agence Havas, daß ...

Die Ausgaben für Post und Telegraphenwesen betreffen ...

Hinsichtlich der Einnahmen des deutschen Budgets betonten die ...

Eine Erhöhung der Kohlensteuer um 10 Prozent würde ...

Der Bericht schließt mit der Bemerkung, man könne damit ...

Die deutsche Luftgefahr.

Von Willy Meyer, Hauptmann a. D.

Die alliierten Regierungen haben in Paris entschieden, daß ...

In der Praxis bedeutet dies nichts anderes als restlose ...

Denn es ist praktisch vollkommen unmöglich, den Artikel 202 ...

Selbst wenn dieser Artikel schon am 11. November 1918 in Kraft ...

Aber im großen und ganzen macht das Material, das aus diesen ...

Aber der geringe Prozentsatz nicht abgelieferter Gerätes genügt ...

Dieser Auffassung, die durch den Vertrag nicht rechtlich begründet ...

Eine deutsche Luftgefahr besteht nicht. Das wird selbst der ...

Es wirkt lächerlich, bei dieser Situation eine deutsche Luftgefahr anzunehmen; ...

England hat ebenfalls noch eine starke Rüstung der Luft. Sein Fliegerkorps setzt sich zusammen aus etwa 3000 Offizieren und circa 24000 Mann. Aber diese Stärke scheint England noch nicht ausreichend zu sein. Denn für 1921 ist eine Erhöhung der genannten Ziffern beabsichtigt.

Aber selbst wenn wir nach über eine achtunggebietende Luftmacht verfügten, brauchte dies zu Beunruhigungen für unsere früheren Gegner keinen Anlaß zu geben. Weiß doch selbst der Nichtfachmann heutzutage, daß nach dem derzeitigen Stand der Kriegstechnik der Einsatz von Luftstreitkräften im Kriegsfalle nur Zweck haben kann in Verbindung mit dem Einsatz eines starken Landheeres, das mit modernen Waffen ausreichend ausgerüstet ist. (Viele schwere Geschütze, Tankgeschwader, zahlreiche Maschinengewehre, Gasgranaten und ähnliches mehr.) Wir aber besitzen heute weder ein „starkes Heer“, noch moderne Waffen.

Es ist völlig verfehlt, ein Kriegsmittel ausschalten zu wollen. Unser unablässiges Bestreben muß vielmehr dahin gehen, den ganzen Krieg, diese Schande der Menschheit, mit Stumpf und Stiel auszuwischen und ihn durch Rechtseinrichtungen zu ersetzen. Durch die beabsichtigte Unterdrückung unserer — lediglich auf friedlichen Verkehr eingestellten — Luftfahrt würden viele Menschen brotlos gemacht und beträchtliche Kapitalien vernichtet werden. Dadurch würde der offene Kriegswille gestärkt und der latente, der in vielen unserer Mitbürger noch schlummert, geweckt werden.

„Einigkeitstummel“.

Die „Freiheit“, der offenbar nicht ganz wohl bei der Sache ist, findet sich mit dem unerwünschten Reichstags-Zwischenfall von gestern in folgender Form ab:

Nun aber fühlte sich der Präsident Lbbe bewegt, erst ein Telegramm über eine ähnliche Rundgebung aus Ortschaft-Bayern zu versenden und dann eine abschließende Ansprache zu halten, in der von der „Einigkeit“ des ganzen Volkes gegenüber der Entente die Rede war. Es kam zu einer stürmischen Geschäftsordnungsdebatte, die vom Genossen Tripplien mit einem Protest gegen diesen Einigkeitstummel eröffnet wurde.

Die „Freiheit“ hätte sich aus ihrem eigenen Bericht darüber unterrichten können, daß Genosse Lbbe von einer Einigkeit des ganzen deutschen Volkes gegenüber der Entente gar nicht gesprochen hat. Lbbe hat vielmehr nach dem Bericht der „Freiheit“ selbst nur gesagt:

Die Redner aller Parteien, mit Ausnahme der kommunistischen, haben die Unmöglichkeit dargelegt, die in der rote uns auferlegten Verpflichtungen durchzuführen.

Die Unabhängigen sollten also ruhig zugeben, daß ihre Aufregung einem Mißverständnis entsprungen war. Im übrigen ist ihre Angst vor jeder Form von Einigkeit unverständlich, und das Wort „Einigkeitstummel“ in dieser Situation und in diesem Zusammenhang wird ihnen nirgends Sympathien einbringen. Wir Sozialdemokraten wissen uns von dieser Angst frei, und wenn die Erklärung Müllers ebenso wie jene Hergis und die Rede Debeours die Unmöglichkeit der gegnerischen Forderungen darlegt, so fürchten wir nicht, daß unsere Anhänger daraus schließen könnten, wir hätten uns in die geistige Abhängigkeit der Deutschnationalen oder der Unabhängigen begeben. Wichtiger ist in diesem Fall doch die Wirkung auf das Ausland.

Die Unabhängigen sollen die allgemeine Auffassung des Volkes nicht verkennen. Wenn sie sich von der gesunden Vernunft separieren wollen, so werden sie sich von den Arbeitern separieren, um deren Haut es hier doch zu allererst geht. Wenn sie den Anschein erwecken, als wäre man auf der Linken gegen die Lebensnotwendigkeiten des Volkes gleichgültiger als auf der Rechten, so werden sie innerpolitisch nur die Geschäfte der Rechten fördern. Für uns Sozialdemokraten können wir nur die Erklärung von heute morgen wiederholen, daß wir keiner Partei das Recht geben, zu behaupten, sie sei für das, was unser eigenes Volk fränkt und bedrückt, empfindlicher als wir.

Die Seele der Jugend.

Dr. B. Engelhardt, Berlin.

Nichts steht der politischen und wirtschaftlichen Einigung mehr im Wege, als die Mauer der Verständnislosigkeit, die Mensch vom Menschen trennt. Unbekannt und unverständlich ist uns die Welt der Nächsten — falsch darum gar oft der Weg, den wir beschreiten. — Was im Leben der Erwachsenen zu Kampf und Härte führt, wird Kindern gegenüber zur Gefahr. Verständnislosigkeit kann hier keine zerstören. Blüten zerschneiden, Leben erlöten. — Und wie weit — wie fern — wie unverständlich ist für uns alle das Land der Kindheit. Erinnerungen sind verändert, sind verwischt — und in die Lebensäußerung der uns umgebenden Jugend legen wir sehr oft die eigenen Gedanken und Wünsche hinein. Wir können aus unserem Gehäuse nicht heraus. Das ist ein Fluch! — Wehe — wenn er den „Erzieher“ trifft. — Er hat seinen Beruf verfehlt — und ist schädlicher als ein schlechter Arzt.

Schwer ist es, einzubringen in die oft verschlossene Seele der Jugend. Sie birgt Rätsel, die wir nicht mehr ahnen. — Trotz aller Schwierigkeit schreht aber die moderne Psychologie auch vor der Seelenforschung im Kinde nicht zurück. Das zeigen Arbeiten von Dr. Pau. Er trat in Fortbildungskursen als Aufsehender an die Kinder heran und ließ sie über drei Worte, z. B. „Gold — betrunken — Detektiv“ — oder „Kind — Biene — Tod“ freie Aufsätze schreiben. In einer Broschüre „Beiträge zur Psychologie der Jugend in der Väterzeit“ wird über diese Aufsätze berichtet. Sie offenbaren eine unbekannte Welt. — Räuberromantik, Ritterschund, unbewußte Poetik, Wissensstärke, gute und schlechte Instinkte kommen unverhohlen zum Durchbruch — und lassen den Lehrer Einblicke tun, die ihm sonst wohl ewig verschlossen sind. Wir sehen — erstaunt und überascht wie himmelweit verschieden die Welt der Jugend von der anderen ist, wie Kinder mit Dingen schwer zu kämpfen haben, die für uns nichts bedeuten — und wie sie Dingen, die unser Herz beneuen, vollkommen verständnislos gegenüberstehen. Moralische Begriffe fehlen z. B. im Alter von 14 Jahren fast völlig, das Geschlechtliche spielt keine Rolle; erst im späteren Alter beginnt das sittliche Bewußtsein zu erwachen. Der Religion stehen die Mädchen näher als die Knaben, dagegen fehlt ersteren fast alles politische Interesse.

Die Fälle der aus den Aufsätzen sich ergebenden Erkenntnisse wird ergänzt durch zwanglose Gespräche mit den Schülern, welche Dr. Pau gemeinsam mit Pastor Dehn in Fortbildungsanstalten herbeiführte. Eine kritische Sichtung des rasch anwachsenden Materials wird so wertvolle Aufschlüsse geben, daß es dringend erwünscht ist, den einschlägigen Men weiter zu verfolgen. Wenn es gelingt, auch nur eine trennende Mauer einzurichten — so ist viel

Millionenbettel der Volkspartei.

Man spricht davon, daß aus den Kreisen der Großindustrie der Deutschen Volkspartei für Wahlzwecke schon annähernd 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden seien. Wenn wir im Augenblick auch die Höhe dieser Summe nicht nachprüfen können, so besteht doch kein Zweifel daran, daß die dividendengefegneten Schwerindustriellen tief in ihren Beutel greifen, um die Partei der Steuercheuen im Wahlkampf kräftig zu unterstützen. Sie wissen, daß ihre Interessen auf dem Spiele stehen, wenn eine sozialistische Mehrheit zum Preussischen Landtage gewählt würde, so daß endlich Ernst gemacht werden könnte mit dem wirklichen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, d. h. mit der Sozialisierung.

Wenn der einzelne unter den Großkapitalisten es aber noch nicht wissen sollte, so sagt es ihm die Deutsche Volkspartei in dringenden Bettelbriefen täglich aufs neue. Vor uns liegt ein Kurus, den die Reichspräsidentenpartei an die Kapitalisten erläßt, unterzeichnet von Stresemann, Böglar, v. Richter und Kempes. Darin heißt es:

Die Durchführung des Wahlkampfes erfordert ungewöhnlich große Mittel. . . . Über jedem Rebe der Preis vor Augen, um den dieses Ringen geht. Unterliegen wir, dann wird der sozialistische Staat mit seinen zerstörenden Folgen der Sieger sein. Gewinnen wir, dann schafft sich das Bürgertum die Grundlage, auf der erhalten werden kann, was noch steht.

Aber die Herren werden noch viel energischer. Damit nur ja niemand vergißt, was für eine wunderbare Partei die Gruppe des Herrn Stresemann ist, wird den um Beiträge angebettelten Kapitalisten noch besonders die sozialistische Gefahr vor Augen geführt:

Der 20. Februar wird entscheiden, ob die sozialistische Revolutionsregierung in Preußen mit all ihrer Miß- und Projektionswirtschaft endlich beseitigt werden kann oder nicht! Bleibt die Sozialdemokratie weiter am Ruder, so wird sie mit Sicherheit ihre alte Stellung im Reiche sich wieder zurückerobern. Dann sind alle Anfänge zum Wiederaufbau dahin: Die Zwangswirtschaft wird wiederkehren, der letzte Rest des Selbstschutzes der Bürger zerbrechen, die Selbständigkeit der Existenz des einzelnen wird mehr denn je bedroht sein, die produktive Wirtschaft durch neue unzulässige Sozialisierungsversuche vernichtet werden. Darin liegt letzten Endes die ungeheure Bedeutung der preussischen Wahlen!

Für jeden, der um seinen Geldschatz besorgt ist, steht sich das natürlich geradezu nervenschütternd. Es wird ihn aber noch viel mehr erschüttern, wenn er erfährt, daß dieselbe Partei, die ihm die Greuel einer sozialdemokratischen Herrschaft so wirkungsvoll schildert, zur gleichen Zeit selbst bemüht ist, die Sozialdemokratische Partei wiederum in die Reichsregierung hineinzubekommen, also selbst dazu in hervorragendem Maße beitragen will, daß die Sozialdemokratie „mit Sicherheit ihre alte Stellung im Reiche sich wieder zurückerobern“. Stresemann knüpft den Kapitalisten also unter ganz solchen Vorpiegelungen das Geld ab, und es ist nicht sein Verdienst, wenn die gefürchtete Herrschaft der Sozialdemokratie im Reiche noch nicht wieder da ist.

Mal so, mal so!

In der demokratischen Presse ist unseren Genossen dauernd gut zugeredet worden, sie sollten wieder in die Regierung eintreten und damit die berühmte nationale „Einheitsfront“ bilden helfen. Nach der gleichen Quelle soll sich auch die „Deutsche Volkspartei“ in diesem Sinne bemüht haben. Allerdings erfolglos, was nicht Wunder nehmen kann. Denn die gleichen Leute, die im Reiche unsere Partei in die Regierung hoven wollen, geben sich die allergößte Mühe, in Preußen die Sozialdemokratie aus der Regierung hinauszuerwerfen. Erst letzten Sonntag hat der geschäftige Herr Stresemann in einer öffentlichen Wählerversammlung für die Preußenwahlen die Partei ausgegeben, es müßte der Gleichklang zwischen dem Reich und Preußen hergestellt, also eine sozialistenreine preussische Regierung gebildet

gewonnen — für die Pädagogik, für die Jugend, für uns und für unsere Zukunft.

Ein Buch über Morgenstern. Jeder Dichter wird sich einer Schwesterkunst verdammt fühlen. Der psychologische Kritiker, dem das Ohr in erster Linie die Aufnahmebereitschaft vermisst, wird sich des Mißbehagens nicht erheben; der schäferische Kritiker, dem sich Natur in Worte wandelt, der Kritiker, zwischen ihnen steht der Kritiker; hier kann nicht seine Kritikfähigkeit erörtert werden. Christian Morgenstern, der Dichter von „Ich und Du“ und „Wir fanden einen Pfad“, hat einige Jahre nach seinem zu frühen Hinscheiden eine erste Biographie in Gertrud Nolani gefunden, die jedoch unter dem Namen „Morgenstern“ eine Studie zu seinem Lebenswerk im Selbstverlag in Berlin erscheinen ließ. Morgenstern, als Schöpfer der „Silbenreim“, des „Vollreims“ und der „Palma-Runde“ weiteren Kreisen bekannt als durch seine Gedichtbücher und seine noch weitläufigeren Tagebücher, wird hier mit bewohnter Einseitigkeit als der Erbe einer „Morgenstern“-Gedichtskunst, deren Einfluß nicht nur auf den „Silbenreim“, sondern auch seine Natur Gertrud Nolani nachzuweisen sich bemüht. Es berührt angenehm, daß von äußerlich biographischem Material abgesehen wird, welches nur „Mittel“, nicht „Ziele“ wäre. Nun ist aber das Buch nicht deshalb allein verdienstvoll, weil es auf den großen, veränderten Wert Morgensterns mit begeisterten Worten bindet, sondern auch darum, weil ja tatsächlich mit der „Nolanischen“ Auffassung Bedeutsames aus der Natur des Dichters erschlossen wird. Wenn dennoch diese Art Morgensterns Werk zu erheben legtes unangenehm läßt, so liegt dies daran, weil mit gleichem Rechte auch etwa das „Morgenstern“-Buch zum Ausdruck einer Verachtung seines Werkes genommen werden kann. Die Einseitigkeit des Ausblicks ist es also nicht, die manches fragwürdig macht, sondern die Willkür. Man sehr bleibt bei diesem Erlaß der nachhaltigen Einfluß unberücksichtigt, den neben Nietzsche etwa Dostojewski und Debussy auf Morgenstern gehabt haben und zwar, was betont sei, nicht nur auf sein Denken, sondern auf sein Einwirken der „Nolanischen“. Dennoch: es entstand ein Buchlein, das namentlich denen empfohlen sei, die Morgenstern noch nicht genügend aus seinen Schöpfungen selbst kennen.

Aus dem Nachlaß des Dichters erließen bei Tepper in München Anfangs noch ein Band Epigramme und Sprüche, die der Entstehungszeit nach von 1913 bis 1920 zurückreichen. Das Buch enthält hauptsächlich Gedichtliches, mehr Erfahrung denn Gelehrtes, zugleich aber bezeugt es, daß Morgenstern einer der wenigen Deutschen war, die das Leben um der Entwidlung willen leben die trachten, nicht im Gewordenen zu verharren, sondern die zu werden wünschen. Wenn er einmal den Spruchworts erfindet: „ein paar Restriktionen, zwei Parteilichungen“, so gibt dies nicht nur ironisches Abweisen der Stunde, es äußert auch Abneigung gegen das Schicksal an.

Wer indes Morgenstern nachkommen will, sei vor allem zuerst und zuerst auf seine Tondschallplatten hingewiesen, die Auseinandersetzungen mit dem Leben, der Welt, der Kunst, der Natur sind.

Gans Socha c z e w e r.

werden. Denn das Reichskabinett hätte noch erfolgreicher gearbeitet, wenn das preussische Kabinett in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht am entgegengelegten Strang gezogen hätte.

Stresemann macht es sich reichlich bequem — an den Mißerfolgen der Regierung Hermes-Heinze soll die preussische Regierung die Schuld tragen, wobei es Stresemann wohlweislich unterläßt, auch nur eine einzige Tatsache anzuführen, wann, wie und wo die preussische Regierung „am entgegengelegten Strang“ gezogen hat! Den „Gleichklang“ zwischen dem Reich und Preußen wollen auch wir, aber anders rum wie Stresemann, Links-Schwenkung statt Rechts-Schwenkung! Der 20. Februar wird's erweisen.

Die Demokraten aber kann man bei ihrem eifrigen Liebeswerben daran erinnern, daß sie es waren, die schämigst aus der Regierung verschwanden, als es galt, den Friedensvertrag von Versailles zu unterschreiben. Damals entzogen sie sich weislich der Verantwortlichkeit. Heute aber muten sie der Sozialdemokratie zu, ihnen die Bürde tragen zu helfen, damit man „nachher, wenn's irgendwie schief geht, rufen kann: die böse Sozialdemokratie ist an allem schuld!“

Sie huldigen dem alten Satz des Epitaphs: „Entweder konsequent oder inkonsequent — aber immer mal so und mal so!“

Nicolai.

Herr Oberst Nicolai hat an zwei Abfahrten im „Vorwärts“ nicht genug. Er greift in der „Mitteldeutschen Zeitung“ noch einmal zur Feder. Um die entscheidende Frage brückt er sich mit einer Redewendung herum, die für die starrsinnige Heuchelei dieses Presseleiters von Ludendorffs Gnaden typisch ist. Wir lassen ihm selber das Wort:

Der „Vorwärts“ sagt die Behauptung, er sei nicht wegen irgendwelcher zersetzenden Propaganda vom Feldbuchhandel ausgeschlossen worden, sondern weil er „mit Leidenschaft und Energie die wehrmäßige Annexionspolitik der Ludendorff-Clique bekämpft habe“. Er weicht hier auf das Gebiet der Kriegsspiele aus, auf das ich ihm nicht folge, weil es außerhalb meines eigenen Dienstbereichs ist. Das weilt ich aber und vertritt ich deshalb auch, daß das Verbot des „Vorwärts“ von den Kommandobehörden wegen nichts anderem als wegen seines für die Kampfkraft der Truppen schädlichen Einflusses erfolgte.

Herr Nicolai bezeichnet jetzt als „außerhalb seines Dienstbereiches liegend“, was doch wie jeder Kundige weiß, der eigentliche Zweck seiner dienstlichen Tätigkeit war. Auf nichts anderes hat seine dienstliche Tätigkeit gegolten, als die Ludendorffsche Annexionspropaganda nach Kräften zu unterstützen und den Kampf für einen Verständigungsfrieden zu unterdrücken. Wenn aber Herr Nicolai noch wie vor aus dem „für die Kampfkraft der Truppen schädlichen Einfluß“ des „Vorwärts“ herumreißt, der in Wirklichkeit nur in der Phantasie einiger bornierter Generalführer bestanden hat, so antworten wir diesem famosen Leiter des „Mitteldeutschen Kulturvereins“ mit den Worten: Die große Dichter Wolfgang Goethe vor etwa 150 Jahren an einen anderen Talmi-Kulturführer adressiert hat, der zufällig auch auf den Namen Nicolai hörte, — es war der Buchhändler Nicolai in Berlin. Die Verse lauten mit einer kleinen zeitgemäßen Variation:

Mag jener dunkelste Mann
Uns als gefährlich preisen,
Der Wampe, der nicht schreien kann,
Er will's dem Wasser verweisen.
Was schert uns der alldeutsche Wurm
Ludendorffspaffenwesen!
Und wer uns nicht verstehen kann,
Der lerne besser lesen!

Die „Kreuz-Zeitung“ schleift sich noch einmal mit ihrem „Belegmaterial“ für die Dolchstoßlegende. Es lohnt sich nicht einmal darauf zu spüren. Ein paar geschickte, aus dem Zusammenhang gerissene Zitate, dungenmäßig widerlegtes Zeug, Latrinen-gerüche von der Front, und — damit die armselige Gemeinheit voll werde, — die feindliche Propaganda der Sozialdemokratie in die Schuhe geschoben! Die Verlogenheit und Dürftigkeit dieses sogenannten „Materials“, an dem doch zwei Jahre lang mit Bienenfleiß gesammelt worden ist, ist im Grunde die beste Widerlegung der Dolchstoßlegende.

Die Grippe, Schillers Todesfeind? Schiller litt jahrelang und bis zu seinem Tode an schweren Brustkrämpfen, über die er auch in seinen Briefen an Goethe wiederholt klagt. Die Ursache dieser Krämpfe und anschließend daran auch seiner Todeskrankheit scheint nun nach neueren Forschungen im „Archiv für physikalische und diätetische Therapie“ nichts anderes als eine — allerdings schwere Grippe gewesen zu sein, die der Dichter im Jahre 1782, als er von seiner zweiten heimlichen Rannheimer Reise (zur Aufführung seiner „Räuber“) nach Stuttgart zurückkehrte, mitbrachte, als er nicht nur schwer verkränkt, wie sein Jugendfreund Andreas Strehler erzählt, sondern auch recht krank in Stuttgart eintraf. Strehler schildert die Krankheit in folgenden Worten: „Diese Krankheit, welche durch ganz Europa wanderte, bestand in einem außerordentlich heftigen Schnupfen und Keitarrh, den man russische Grippe oder Influenza nannte, und der so schnell ansteckend war, daß der Verfasser dieses (also Strehler), als er Schiller einige Stunden nach dessen Ankunft unarnt hatte, nach wenigen Minuten schon von Fieberhauern erfaßt wurde, die so stark waren, daß er sofort nach Bayle eilen mußte.“

Da diese Erkrankung den Grund zu Schillers späteren Brustkrämpfen gelegt hatte, so kann man wohl mit Recht annehmen, daß die Grippe auch den Todesfeind in den ohnehin sehr schwächlichen Körper des Dichters gepflanzt hat.

Alle Kunst. Das Museum der Gipsabgüsse nach antiken Skulpturen ist von jetzt ab auch Sonntags unentgeltlich von 10—1 Uhr geöffnet. Der Zugang befindet sich in der Dortheimstraße, Westflügel, erstes Portal, zurzeit fast größte Veränderungen im Gange. Im Olympiaaal kann dann dem Entgegenkommen der Leitung der Staatsmuseen nun auch die große Gruppe des Oalebs des Heustempels dem Westflügel gegenüber ihren Platz finden. Vor allem aber hat die Ueberführung der bisher noch im Souterrain konservierten Abgüsse der hellenistischen und der römischen Kunst sowie der Porträtalterie in die nun fertig gestellten Säle im Zweifelsbau nach der Akademie zu begonnen. Noch im Laufe des Sommers werden diese Räume allgemein zugänglich gemacht werden können. Damit wird dann die ganze, aus den staatlichen Museen abgegebene Sammlung in allen ihren Teilen vollständig und um eine Anzahl wertvoller Stücke vermehrt, in einheitlicher Ausstellung wieder vereinigt sein.

Wunders neue Glanz. „Der Postel“, „Schwäbischer Anzeiger“ und „Mannlicher“ erleben gestern bei der deutschen Uauflührung im Hamburger Stadttheater einen guten Erfolg.

Das Wälder-Trachten vorankalt! am Donnerstag, den 10. d. Mt., abends 7½ Uhr, im Wälder-Saal einen Wagner-Abend unter Leitung von Leo Dieck.

Von der Bildhauerin Gutwirths und Madelmeffe wird daran erinnert, daß für die Jubiläumsschau (6—12 Mt.) beim 100. Geburtstag der Kaiserin die einzelnen Ostausstellungen zur Fülle vorgelegt sein müssen. Die Geschäftsstelle des Ostausstellungsaales Berlin ist die Unterzahl des Kunstgewerbmuseums, NW 11, Eispalaststr. 8. Die Entwurfs- und Modellmeße gibt bekanntlich den deutschen und österreichischen Künstlern Gelegenheit, für alle an der Färbung Weise vertretene künstlerischen Arbeiten geeignete Modelle den Gabelanten gedruckten vorzugeben.

Der Ausschuss für Auswärtiges.

Der Reichstags-Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten trat Donnerstag vormittag zu einer längeren, streng vertraulichen Besprechung zusammen, an der der Außenminister Dr. Simons teilnahm.

Verhafteter Milchstreik-Heger.

Zweibrücken, 3. Februar. (M.B.) Wegen öffentlicher Aufreizung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt wurde der Bundesvorsitzende der freien Bauernschaft Hamm, auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft festgenommen und in das Untersuchungsgefängnis Zweibrücken eingeliefert. — Es handelt sich um einen Führer jenes Milchstreiks, bei dem die Milch in die Straßengraben geschüttet wird.

Arbeiterprotest gegen die Marburger.

Kassel, 3. Februar. (Egener Drahtbericht des „Vorwärts“) Als heute eine Abordnung der Marburger Studenten den Betrieb in der Lokomotivfabrik der Firma Henschel u. Sohn studienhalber besichtigen wollte, erklärten 25 Arbeiter, das nicht dulden zu wollen und wollten den Betrieb ein. Die Studenten mußten die Fabrik verlassen, worauf der Betrieb in vollem Umfange wieder aufgenommen wurde.

Verstümmelte Kerkhoff-Alten.

Im Hauptauschuss des Reichstages erklärte vor Eintritt in die Tagesordnung der Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Schon zweimal bin ich vom Hauptauschuss aufgefordert worden, über Steuerfragen von politischen Persönlichkeiten Auskunft zu geben. Das erstmal verlangte der Abg. Mumm (Dnat. Sp.) Auskunft über die Steuerangelegenheiten Erzbergers und jetzt verlangt der deutschnationale Abg. Schulz (Bromberg) von mir, ich soll die sogenannte Grenzklärung, die das Finanzamt Bohwinkel dem Abg. von den Kerkhoff über seine Steuerangelegenheit erteilt hatte, durch eine deutliche Erklärung vor dem Hauptauschuss klären und gutheißen. Es ist selbstverständlich ausgeschlossen, daß der Finanzminister über die Vermögensverhältnisse irgendeines Steuerpflichtigen Auskunft erteilen kann. Ich verweise auf § 10 der Abgabenordnung. Noch unmöglicher ist es aber, ohne hinreichende Prüfung der Akten die Erklärung des Finanzamtes Bohwinkel amtlich zu decken. Deshalb mußte ich auch das Ansuchen des Abg. Schulz (Bromberg) ablehnen.

Inszwischen habe ich mir noch Durchsicht der Akten folgendes Bild von der Angelegenheit gemacht. In einem eingehenden Bericht des Bundesfinanzamtes Düsseldorf wird ausgeführt, daß sich trotz mancherlei Unstimmigkeiten die Absicht der Steuerhinterziehung nicht nachweisen lasse. Die Erklärung des Finanzamtes Bohwinkel bestätigt dem Abg. von den Kerkhoff, daß dem Finanzamt nach Durchsicht alles zur Verfügung stehenden Materials die Anschuldigungen nicht als sich haltend erscheinen. Allerdings erscheint mir das Vorzeichen des Finanzamtes Bohwinkel als voreilig, denn das Finanzamt war ohne Kenntnis der ganzen Sache zu einer solchen Erklärung nicht berufen. Es scheint mir nämlich gegen den Abg. von den Kerkhoff noch ein zweites Verfahren wegen Beihilfe der Steuerhinterziehung. Allerdings lege ich Wert auf die Erklärung, daß sich bisher Befehle nicht ergeben hat. Doch bin ich ausserordentlich noch nicht in der Lage, in alle Einzelheiten der Sache einzusteigen. Die Nachprüfung der Steuerakten hat ergeben, daß Akten auf ungenügende Weise verwahrt sind. Es sind Geschäftsbücher abhandlungsgeworden, deren Durchsicht die Prüfung der Steuerangelegenheit erheblich erleichtert hätte. Weitere Schwierigkeiten der Untersuchung liegen darin, daß Abg. von den Kerkhoff sich weigert, eine Reihe von Umständen zu geben, die zur Klärung der Tatsachen unbedingt nötig sind.

Die Notlage im Baugewerbe.

Der Volkswirtschaftsausschuss des Reichstages beschäftigte sich Donnerstag u. a. mit einer Eingabe um schleunigste Abhilfe der Notlage im Baugewerbe, wobei sich der Berichterstatter Abg. Solmann (Sag.) gegen die Abfertigung der Wohnungsmiete wandte. Abg. Hammer (Dnat. Sp.) wandte dagegen ein, daß durch ein vorliegendes Rotwisch zur Erhebung einer Mietsteuer die Bauämter in stärkerem Maße zur Befriedigung der Wohnungsmiete einlegen würde. Aber die furchtbare Notlage des größten Teiles der Hausbesitzer erfordere, daß den Hausbesitzern schleunigst geholfen werde, damit sie wieder die lange vernachlässigten Reparaturen vornehmen lassen könnten, und daß ihnen auch ein entsprechender Lohn verbüßte für ihre Mithaltung und für das übernommene Risiko. — Ein Vertreter der Sozialdemokratie wandte sich scharf gegen die Bauamtsvermehrung, namentlich die Mater, die keine Erwerbslosen einstellen wollen und zwar im Einklang mit den Hausbesitzern. Die Eingabe wurde als Material überwiesen.

Litauen und Polen.

London, 3. Februar. Wie das Reutersche Bureau meldet, sind die Verhandlungen zwischen Polen und Litauen über die Frage von Wilna abgebrochen worden, weil die Litauer fürchteten, daß die Anwesenheit der Truppen des Generals Jędrzejowski in Wilna einen ungünstigen Einfluß auf die vom Völkerbund vorgeschlagene Abstimmung ausüben würde.

Nach einer Meldung der Lit. Telegr.-Agentur will die litauische Regierung die Volksabstimmung unter folgenden Hauptbedingungen unterstützen: Entfernung Jędrzejowskis und der polnischen Truppen aus dem Abstimmungsgebiet. Eine neutrale Verwaltung in der Abstimmungszone durch unparteiische, nichtinteressierte Staaten. Wärschoff von Seiten Polens, daß Jędrzejowskis Abreise nach der Volksabstimmung nicht wiederholt wird.

Die litauische Regierung erklärt weiter, sie sei ihrer Pflicht nachgekommen, mit der Sowjetregierung über die Aufnahme einer internationalen Truppenabteilung in Litauen zu verhandeln. Da die Verhandlungen ergebnislos verlaufen seien, könne die litauische Regierung eine internationalisierte Truppenabteilung in Litauen nicht aufnehmen. Eine weitere Meldung der Lit. Telegr.-Agentur bezeichnet es als notwendig, daß Polen von der Sowjetregierung die Zustimmung einholt, Völkerbundstruppen in das Abstimmungsgebiet einzuführen.

Die englischen Unabhängigen gegen Moskau

London, 3. Februar. (U.) Von den sieben Sektionen der Independent Labour Party, der größten englischen sozialistischen Organisation, haben sich bis jetzt fünf Sektionen über die Frage des Anschlusses an Moskau ausgesprochen. Das Gesamtresultat der fünf Sektionen ergibt 272 Stimmen gegen den Anschluß und 130 Stimmen für den Anschluß an Moskau. Das Resultat der noch ausstehenden zwei Sektionen kann es dem Gesamtresultat nichts mehr ändern.

Kommunistenausweilungen in Frankreich. Die französische Regierung hat Mittwochabend fünf Kommunisten ausgewiesen, die über Deutschland nach Rußland zurückgeschickt werden.

Groß-Berlin

Prinz Friedrich Wilhelm als Geigenspieler.

Für den Wahlsatz der Deutschnationalen.

Daß einerseits die deutschnationalen Parteien den Wert des Geldes in der Wahlkampfpromaganda richtig erkannt haben und andererseits die aufgestellten Kandidaten mit ihrem Anhang sich nach dem Grundsatz, eine Hand wäscht die andere, ganz in den Dienst der Hakenkreuzträger stellen, beweist wohl nichts Schönder, als eine Einladung der Deutschnationalen Volkspartei: Bezirk Berlin-Westen, die uns im Original vorliegt und folgenden Wortlaut hat:

Deutschnationale Volkspartei: Bezirk Berlin-Westen.

Berlin W., den 1. Februar 1921.

Euer Hochwohlgeboren!

Seine Königliche Hoheit Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen hatte die Güte, der unterzeichneten Parteikasse für Montag, den 7. Februar, 3 Uhr nachmittags, in der Singalademie ein Violinonzert (Begleitung Prof. Schumann) zuzugesagen, dessen Gesamtertrag zum Besten des Wahlzweckes der Partei verwendet werden soll. Mit Rücksicht auf das Interesse, das E. Hochwohlgeboren bislang offen an den Angelegenheiten der Partei angewendet haben, erlaubt sich die Geschäftsstelle, E. Hochwohlgeboren besonders hierauf hinzuweisen. Eintrittskarten einh. Steuer stehen zu 6 M., 11,30 M., 21,80 M., 33,00 M. wochentäglich von 2—5 Uhr in der Geschäftsstelle gegen Einsendung der Mitgliedschaft zur Verfügung.

In vorzüglicher Hochachtung

Deutschnationale Volkspartei Berlin-Westen.

Daß ein Hohenzollern-Prinz seine musikalische Kunst in den Dienst einer Partei stellt, deren ganzes Streben auf den Sturz der republikanischen und Wiedereinführung der monarchischen Staatsform gerichtet ist, kennzeichnet die gegenwärtige politische Situation besonders. Wenn ein Prinz sich sein Brot mit Geigenpiel verdienen würde, könnte niemand etwas dagegen einwenden. So aber ist Friedrich Wilhelm in der glücklichen Lage, sich außerordentlich gut ohne jede Beistützung aus den Geldern zu erhalten, die seine glänzenden Ahnen infolge ihres „einnehmenden Wesens“ zusammengeharrt haben.

Der Landtagswahlkampf.

Für die Provinzial-Verfassungen hatten unsere Genossen zum Mittwoch eine öffentliche Wählerversammlung nach der Schulstraße in der Behrenburger Straße einberufen, die auf besucht war. Genosse Heinrich Ströbel referierte über „Die Hohenzollern-Verleumdung“. Da zuerst wieder eine starke nationalsozialistische Welle durch Deutschland geht, worin sich auch monarchistische Bestrebungen geltend machen, nahm Redner die berüchtigte Hohenzollern-Verleumdung und ihren eigentlichen Urheber, Wilhelm den Defektor, unter die kritische Lupe. Dafür hatte er wertvolles geschichtliches Material in dem Buch von Max Paunz, dem früheren Sozialisten und jetzigen Deutschnationalen. Unberühmte Verleumdung ist das Märchen vom sozialen Königtum der Hohenzollern. Das wahre Gesicht Wilhelms des Dritten gelangt er unter anderem in dem strahlenden Lichte seiner eigenen verstorbenen Worte, durch die Wilhelm die Ahnen und sich selbst verherrlichte. Auch der verhängnisvolle Rolle, die der letzte Hohenzollern bei der Entstehung des Weltkrieges gespielt hat, gedachte der Redner. Allerdings wäre es falsch, zu sagen, Deutschland trage allein die Schuld am Kriege. Alle Staaten, auch die Engländer und Franzosen, trugen ihren Anteil an der Auslösung der Situation. Aber daß der Krieg in jenem kritischen Moment ausbrach, daran trug Wilhelm II. ein ganz besonders voll gerüstet und geschult Maß an Schuld. Deshalb sei es geradezu unerstört, wenn jetzt Leute kommen und rufen: Wir sind für die Monarchie und wollen sie wieder aufrichten. Namentlich die Sozialdemokratie muß alles tun, daß der unerhörte unheimliche Gedanke, den Hohenzollern noch 100 Millionen nachzuwerfen, nicht zur Tat wird. Der Vortrag fand sehr günstigen Beifall.

In der Diskussion beteiligten sich nur Parteigenossen, die die Anwesenden zu lebhafter Agitation für die Landtagswahlen anzuregen und sich damit auch besonders an die Frauen wandten. Ströbel betonte in seinem Schlußwort: Wenn wir ebensoviele Energie und Lebendigkeit aufbringen wie unsere Gegner, dann brauchen wir für den Ausfall der Wahlen nicht bangen zu sein. (Beifällige Zustimmung.)

Im Diskurs-Cartel zu Treptow sprach gestern vor einer überfüllten Versammlung der Genosse Johannes Hag, Treptow.

In einem groß angelegten Referat ließ derselbe die Ereignisse der letzten zwei Jahre Revue passieren. Von wiederholten Verfallsformen besetzte er mit ein wohlgeordnetes Bild der politischen Lage. Er schilderte dabei auch die Schwierigkeiten, die unsere Genossen in der preussischen Regierung bei der Durchführung auch der bedeutsamen Reformen zu überwinden hatten, Schwierigkeiten, die einmal durch die geschlossene Front der bürgerlichen Parteien der Sozialdemokraten gegenüber gegeben waren, zum Teil auch in der unheilvollen Zersplitterung der Arbeiterklasse ihre Ursache haben.

Wie überall, so machten sich auch hier einige ungenügende Vorkommnisse bemerkbar, die ihre Zwischenrufe um an den Mann zu bringen verstanden. Außerst unangenehm überhöft waren diese jedoch, daß hierfür absolut kein Resonanzboden vorhanden war. Jeder Zwischenruf wurde sofort aufgegriffen und in geduldiger Weise beantwortet. Sturmlicher Beifall lohnte den Genossen Hag am Schluß seines Vortrages.

In der nun folgenden Diskussion nahmen drei Kommunisten heftig Scheltworten das Wort. Ihre Ausführungen bestanden lediglich in der Wiederholung abgekochter Redensarten und kleiner Anwürfe, die zum Teil schon Genosse Adolf Cohen, der sich unterdessen an der Versammlung beteiligte, widerlegen konnte.

In trefflicher Weise fertigte dann Genosse Hag in seinem Schlußwort die Gegner ab, was wiederum langanhaltenden Beifall der Versammlung auslöste. In dieser zweiten Wählerversammlung der E.P.D. zeigte es sich, daß man es nachherade fast hat, bei dem Ernst der politischen Situation sich von Phrasenreihen nachzuführen zu lassen.

Einen imposanten und durchaus würdigen Verlauf nahm die zweite Wählerversammlung in Mariendorf. Saal und Galerie des Gymnasiums waren voll besetzt, viele mußten sich mit Stühlen begnügen. In eingehender Weise behandelte Genosse E. D. Bernstein, oftmals von Beifall unterbrochen, die Stellungnahme der sozialdemokratischen Vertreter im Reichs- und preussischen Landtag, insbesondere seit der Revolution. Des Weiteren traten die Bedeutung der preussischen Landtagswahlen nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern auch für unsere gesamte Reichspolitik, sowohl der inneren als auch der äußeren. Gen. Bernstein schloß mit der Aufforderung, am Tage der Wahl durch sozialdemokratische Stimmanhänger Bestand und Aufbau der deutschen demokratischen Bundesrepublik zu sichern. Von den zahlreichen Genossen nahmen drei Kommunisten das Wort, um in der üblichen Weise sich gegen Parlamentarismus und Sozialdemokratie zu wenden. Gen. Bernstein konnte diese Redner unter dem Beifall der Versammlung u. a. damit abfertigen, daß diese sich wohl stets bei ihren Ausführungen auf Wort und Engels berufen, in der Tat aber ihre Worte nicht ansetzen haben. Der Vortragsende schloß die Versammlung mit der Aufforderung, für die am 8. Februar abendfalls in der Aula des Gymnasiums stattfindende öffentliche Frauenversammlung, in der Genossin H. H. sprechen wird, eine recht rege Propaganda zu betreiben.

Große Aufregung rief ein durchgehendes Schächterfuhrwerk am Balkenplatz hervor. Der Wagen wurde von dem Pferd so stark gegen den Sandkasten der Straßenreinigung geschleudert, daß der

Kutscher und sein Beifahrer aus dem Wagen fielen und sehr schwere Verletzungen erlitten. In besinnungslosem Zustande wurden die Verletzten von der Feuerwehr nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht.

Der Mord an der Heilgehilfin.

Am der Mordeffekte in Potsdam erschien noch gestern Abend der Erste Staatsanwalt Krehmer, ferner war als Untersuchungsrichter Amtsgerichtsrat v. Starobinski erschienen. Eine Stunde vor der Ermordung hat Heilgehilfin einen Patienten zur Bestrafung empfangen, der ihr einen Koffer zur Verletzung der Höhenmessanlage empfahl. Man hat auch in der fraglichen Zeit einen jungen Mann mit einem kleinen Koffer hinausgehen sehen. Das Taschentuch, mit dem die Ermordete ertränkt wurde, war mit D. gezeichnet. Der letzte Patient wird aufgeföhrt, sich sofort zu melden. Die Obduktion der Leiche findet heute nachmittags um 4 1/2 Uhr statt.

Wie noch berichtet wird, wurden von der Kriminalpolizei zurzeit zwei Spuren verfolgt. Die eine weist auf einen jungen Mann, der einem Zigarrenhändler in der Nähe des Lotteries aufgefallen ist. Dieser Mann, der dessen Geschäft kurz vor 6 Uhr abends aufsuchte, hatte frische Krampfbunden auf der Stirn, der rechten Wange und dem Nasenbein. Er erschien dem Zigarrenhändler sehr verdächtig und sagte ihm, daß er es nötig habe, da er mit dem Juge 6,22 Uhr nach Potsdam fahren müsse. Dieser verdächtige Mann, der gesucht wird, ist etwa 20 bis 25 Jahre alt und etwa 1,75 Meter groß, von schlanker Figur, hat dunkelbraunes Haar, ein schmales, blaues, bartloses Gesicht und trug ein dunkelblaues Jackett und einen hellgrünen weichen Hut. Die zweite verdächtige Person ist ein Mann, der beobachtet worden ist, als er um 12 1/2 Uhr in das Haus Schwerdfegerstraße 10 h n e m g e g a n g e n i s t. Die Ermordete hatte kurz vorher einer Dame, die sie aufsucht hatte, erzählt, daß zwischen 1 und 2 Uhr ein Koffer kommen würde, der den Höhenmessapparat aus dem Behandlungszimmer nach dem Arbeitszimmer umbauen werde. Es wird vermutet, daß dieser angebliche Koffer mit dem Täter identisch ist und sich dieser dem oben Kräfte nur in der Wäsche eines Koffers genähert hat. Der Mann, der gegen 12 1/2 Uhr in das Haus gegangen ist, trug auch ein kleines Paketchen unter dem Arm. Er wird beschreiben als etwa 1,65 bis 1,70 Meter groß und trug eine grobe Militärlinthe, ein dunkles Jackett und wahrscheinlich eine blaue Schirmmütze.

Ueberschwemmungen im Havelgebiet.

Die Ueberschwemmungen im Havelgebiet nehmen jetzt einen immer größeren Umfang an. Die Landstraße zwischen Golm, Tische und Wedder bildet einen See. In einigen Stellen ragt nur der Bahndamm aus dem Wasser hervor. Der Jasmund-See, dessen Ufer sehr tief liegen, ist überdeckt; auch die Bänderseen an der Grube Falkenrode sind überdeckt. Der Döpelsee an der Stammeiler Marquardt ist seit 8 Tagen um 10 Zentimeter gesunken. In Moorlake bei Potsdam hat man die Landungsstege entfernt, da das Wasser sich gerade in dieser Nacht sehr angesetzt hat; auch bei Cottbus ist die Havel im Steigen begriffen, nur Caputh scheint in diesem Jahre keine Ueberschwemmungen befürchten zu brauchen.

Ueber Oberschlesien, Sand und Deute

Am Freitag beherrschte Otto Hag, ein geborener Oberschlesier, in der Krona einen Vortrag mit 60 Zuhörern. Den Vortag gehörte das Sand nur von 999 bis 1108, unter den Bienen wurde es von Deutschen besetzt und deutsche Kultur erhielt sich in wechselnder Höhe bis zur Befreiung durch Friedrich den Großen, seitdem ist eine aufsteigende Linie bis in unsere Zeit zu verfolgen. Oberschlesien wurde in Bildern von Gruben- und Hüttenwerken gezeigt. Städtebilder, Dörfer und Arbeiterkolonien wurden Bildern aus Polen gegenübergestellt, welche zeigten, was für eine Zukunft Oberschlesien droht, wenn es an Polen ausgeliefert würde. Was das deutsche Reich mit Oberschlesien vertritt, liegt in den wenigen Worten: Kohle, Eisen, Zink, Holz und Kalk.

Der Lichtbildvortrag wird am Freitag, den 4. Februar, abends 8 Uhr, wiederholt. Keine Beteiligung ist erwünscht, damit möglichst viele Oberschlesien Wert in Wort und Bild kennen lernen.

Bei Kommunalisierung des Beschlusses werden betreffs der Beschlüsse manche Einzelinteressen verletzt, z. B. der Saragfabrikanten, der Reichsunternehmer usw.; aber höher steht das Gesamtinteresse. Reulkin hat das Bestätigungsrecht nicht so vollständig kommunalisiert, daß die Mitwirkung privater Unternehmer ganz beseitigt wäre. Dennoch muß das Städtische Friedhofsbureau ständig auf der Hut sein vor Gewerbetreibenden, die die Bestattungen nach Hintertum ein Profitieren machen möchten. Privat Saragfabrikanten sind auch heute noch nicht ausgeschlossen, aber manche beforchten früher alles, was zur Bestattung gehörte, und das geht jetzt allerdings nicht mehr. Der Saragfabrikant kann z. B. nicht mehr, wie das früher üblich war, die Grabmäler beforchten. Gerade auf diesem Gebiet hat weil da den Hinterbliebenen mitunter für sehr mildernde Bestimmungen die unerschämte Beiräte abgenommen wurden, die Kommunalisierung kritisch durchleuchtet. Das Friedhofsbureau stellt gegen Bezahlung ein eigenes Sängerkorps und läßt auf dem Gemeindefriedhof andere Säner nur zu, wenn diese unentgeltlich sind. Für nicht gibt es besondere Versteigerungsmethoden gegen etwaige Einkommensverluste von Säner, die für die Hinterbliebenen unentgeltlich sind, ihr Honorar aber vom Saragfabrikanten erhalten, der es dann auf den Saragfabrikanten aufschlägt. Ein Döfel so weit getriebenen Mißtrauens wurde kürzlich ein Arbeiter-Besetzungsverein „Lieberhof am Mariendorfer Weg“ durch einen langjährigen Mitgliede die letzte Ehre erweisen wollte. Selbstverständlich wird trotz Kommunalisierung eine solche Ehre erlaubt, weil sie kein an anderer Stelle für die Bezahlung annehmen wird. Die Witwe mußte aber, als sie dem Friedhofsbureau die Abfuhr des Vereins meldete, eine Beweisaufnahme der Unentgeltlichkeit bringen, und hinter wurde auch eine eidesstattliche Versicherung der Vorsitzenden und seiner Angehörigen der Namen aller Mitwirkenden gefordert. Wie wir erfahren, soll auch das den Bestimmungen entsprechen, durch die man erwidern will, gegen die benannten Personen namentlich wegen Unrichtigkeit einer eidesstattlichen Versicherung einschreiten zu können. In dem erwähnten Fall mußte der Vorsitzende, weil er nicht vorher wissen konnte, welche Mittel der Bezahlung kommen würden, sich mit Anrede seines eigenen Namens beschreiben — und es wurden dann vom Friedhofsbureau keine Schwierigkeiten weiter gemacht. Das Hin und Her der Verhandlungen hat nicht nur bei dem Verein große Beiräte hervorgerufen, sondern ist auch von der Witwe sehr peinlich empfunden worden.

In dem Artikel „Konflikt im Mietlingsamt Reulkin“ (M. 22 des „Vorwärts“) wird betont, daß am 1. Oktober 1921 die Mieten allgemein den Zuschlag von 20 Proz. erhalten dürfen. Es muß nicht dessen 1. Oktober 1921, sondern der Zuschlag festgestellt werden vom 1. Oktober 1920.

Die Fortsetzung der Generalversammlung des Mieterbundes am Sonntag, den 6. Februar, nachmittags pünktlich 9 Uhr, in Klemens Festhalle statt. Wir erlauben unsere Parteigenossen, soweit sie interessiert sind, unter allen Umständen zu erscheinen und damit zu verhindern, daß dort ernst Dinge geschehen, die durchaus nicht im Interesse der Mieter liegen.

Der Reichsbund der Kriegsbekämpften. Kriegsbekämpfter und ihre Angehörigen. Ostgruppe Reulkin. Geschäftsstelle Rantonsstraße 22, veranlaßt am Freitag, den 4. Februar, abends 7 Uhr, 2 Sektionsversammlungen, und zwar für die Erziehung der ehemaligen Kriegerangehörigen in Berlin, Potsdam, Kattowitzerstraße; für die Sektion der Arbeiterbundesangehörigen in der Aula der Friedrich-Dürer-Oberschule, Reulkin, Kattowitzerstraße. Das Erscheinen aller Mitglieder ist wegen der überaus wichtigen Tagesordnung in beiden Versammlungen unbedingt erforderlich. Reservationsnahmen finden am Eingang zu den Sälen statt.

